

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 P., 1/2jährlich 1.50 M.
jährlich 3.00 M. Durch
den Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 P., 1/2jährlich 30 P.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Jorgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Poſt parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleaale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 228

Halle a. S., Freitag den 29. September 1899.

10. Jahrg.

Anträge zum Parteitag in Hannover.

Der Parteivorstand veröffentlicht endlich in der heutigen Nummer des Vorwärts die zum Parteitag gestellten Anträge. Ihre Zahl beträgt 50, ist also wesentlich niedriger als Ende

Jahr. **Zur Tagesordnung** beantragt Berlin, daß die Punkte 6 und 7 in der Aufeinanderfolge vertauscht werden sollen; Frankfurt a. M. und Bochum wünschen einen Korreferenten zum Beisitzenden Referate über die Angriffe auf die Grundansichten und die Taktik unserer Partei; daselbst verlangt der Teitower Kreis, und Genosse Böhn-Oera möchte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnens mit auf die Tagesordnung gesetzt wissen.

Zum Programm verlangt Böhn-Oera in den Schlußsatz die Aufnahme der Bestimmung, daß jedenfalls jedem gewerblichen Arbeiter 2.80 M. gesetzlich garantiert werde.

Bei **Taktik** wünschen die Genossen des 7. Sachsischen Kreises (Meißen-Großschauen), der Parteitag möge Stellung nehmen zu der Disziplinlosigkeit, daß mehrere sächsische Kreise entgegen dem Beschlusse der Landeskonferenz sich nicht an der Landtagsarbeit beteiligen. — Fröhlich-Berlin verlangt, daß alle Kompromisse bei Wahlen verboten werden und strenge Stimmhaltung bei Schwächen zwischen bürgerlichen Kandidaten allen Genossen zur Pflicht gemacht wird.

Zur Organisation verlangen Berlin V und VI die Streichung der Bestimmung, daß weibliche Delegierte zum Parteitag in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden können. — Ein anderer Berliner Antrag erstrebt Erweiterung der Rechte der Prekominmission des Vorwärts gegenüber dem Parteivorstande. — Detmold beantragt, daß jeder Wahlkreis einen Delegierten auf Kosten der Parteikasse nach dem Parteitage senden kann, und Generalab-Jena verlangt die sofortige Errichtung einer eigenen Vorwärts-Druckerei.

Zur Presse beantragt Teitow, der Vorwärts solle zu einzelnen Tagesfragen und Parteiangelegenheiten Stellung nehmen. (Geschieht denn das nicht?) Berlin I wünscht ein täglich zweimaliges Erscheinen des Vorwärts. Daselbst begehrt Generalab-Jena, der aber über einen Bezugspreis von 4 M. vierteljährlich nicht hinausgegangen wissen will. Proschiren wünschen Köln über unsere Erfolge im Reichstag und in den Landtagen, Götting über die Reichstagsverhandlungen; Detmold verlangt besondere Wahlzettel, in denen die Angriffe der Gegner widerlegt werden. — Areslan

wünscht eine neue Auflage des Leibarbeitsgesetzes; Arbeiterkreis: Bittlingen beantragt die Herausgabe eines Organs, das große Wissensgebiete umfassend und leichtverständlich behandelt. Jedes Thema hat einen viertel- oder halbjährigen Kursus zu bilden und jede Nummer einen geschlossenen Abschnitt von der Länge eines ca. einständigen Vortrags zu enthalten. Der Parteivorstand hat bei den Organisationsarbeiten darauf hinzuwirken, daß sie sich durch Bezug dieses Organs in den Stand setzen, in jeder Versammlung einen wissenschaftlichen (Ves) Vortrag zu bieten. — Dieselben Genossen beantragen weiter, anlässlich des Jahrbuchwechsels eine Broschüre herauszugeben, die die wichtigsten Vorkommnisse dieses Jahrbuchens vom sozialdemokratischen Standpunkt aus kritisch beleuchtet.

Die Kreise Tannhausen wollen nach Wunsch mehrerer Wahlkreise inhaltlich verbessert werden. Effen verlangt vom Parteivorstand die Herausgabe passender Jugendliteratur. — Berlin I beantragt, daß die Vertrauenspersonen der Wahlkreise bei Schluss jeder Session ein Flugblatt über die Tätigkeit der Parteien zur Verbreitung bringen. Dabei ist für die Arbeiterpresse Propaganda zu machen.

Zur Lokalpresse verlangt Augsburg von der Partei die Mittel zu einem besonderen Blatte für Augsburg und Schwaben, Jagen-Schwelm in die Befähigung des Vertragsverhältnisses mit der Hb.-Westf. Arb.-Btg. auf zwei Jahre, welchem Verlangen Dortmund-Hörde entgegentritt.

Bei **Migration** verlangt Paris-Himbach eine laufende Broschüre für die Bauernmigration, Heidelberg eine Broschüre gegen den Alkoholismus und Lüttgart wünscht, daß die Arbeiterpresse mehr gegen den Alkoholismus Front mache. Daselbst wünscht Jakob Meyer-Berlin. Warby beantragt die Abführung aller im Kreise vereinnahmten Parteigelder nach Abzug der eigenen Unkosten jedes Ortes an den Vertrauensmann.

Am Parlament stellt Dresden-Land den Antrag, die Reichsregierung solle über die sächsischen Rechtsverhältnisse interpelliert werden. Heidelberg verlangt Aufhebung des Impfwanzes, Wachen erwartet Anträge auf Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages und Göttingen schlägt einige Veränderungen im Straftentverfänger-Gesetz und in der Gew.-Ordnung vor.

Außer diesen eigentlichen Anträgen liegen noch 10 Resolutionen vor. Dresden-Alstadt tadelt das Weglassen der im Wählerprozess Verurteilten aus der monatlichen Straffliste des Vorwärts. Daselbst thut Dresden-Land. Durlach verlangt einheitliche Regelung der Gesichtspunkte, nach denen die Parteigenossen in den Kommunalvertretungen handeln. Metzger-Jena will den Genossen Schippel wegen dessen Mitgliedschaft aus der Partei ausschließen und seines Reichstagsmandats für verlustig erklärt wissen. Magdeburg tritt für frische Beabsichtigung unserer beiden Programmpunkte bei den Mitglieberein ein und spricht gegen Schippel einen scharfen Tadel aus.

Gegen Verneinung und Schippel haben ferner noch Friedr. rickberg bei Berlin, Sittigart, Dresden-Land und

Meißen-Großschauen Resolutionen an den Parteitag gelangen lassen.

Betreffs des **Genossenschaftswesens** verlangt Hamburg I seitens der Partei folgende Stellungnahme: Die Partei kann die Gründung von Produktivgenossenschaften grundsätzlich nicht gutheißen, da dieselben in der Regel wegen ungenügendem Absatz ihrer Produkte zu Grunde gehen oder, wenn sie Erfolg haben, sich sehr bald zu rein kapitalistischen Betrieben auswachsen. Wo es sich dennoch notwendig ergibt, gemeinschaftlichen politischen oder gewerkschaftlichen Kampf gemeinlichen Genossen anzugehen, zu vermeiden, müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung davon abhängig machen, daß genügend Mittel für eine gesunde, finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftsfundiige Leitung und Verwaltung gegeben sind.

Sie erkennt jedoch an, daß Konsumgenossenschaften und von solchen für den eigenen Bedarf errichtete Produktionsstätten unter tüchtiger, sachverständiger Leitung den Arbeitern in ihrem Streben nach höherer Lebenshaltung wertvolle Vorteile zu bieten vermögen. Die Partei als solche lehnt jedoch jede Unterstützung auf diesem Gebiete ab.

Zum Parteitag liegen folgende Anträge vor: Lübeck wünscht, daß der nächstjährige Parteitag in seinen Mauern stattfinden, Grazam zu veranlassen, die Verhandlungen der Parteitage in die Woche zwischen Weinachten und Neujahr, Stuttgart schlägt vor, auf dem nächstjährigen Parteitage die Frage des Parteipolitikers zu verhandeln und Detmold will nächstes Jahr das Referat Programm und die bisherige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft auf die Tagesordnung gesetzt wissen.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 28. September 1899.

Ein **Kennschuß** ist dem Vorwärts gelungen durch Veröffentlichung der Honorare, die Freiherr v. Zedlitz als politischer Mitarbeiter der Post bezieht. Es handelt sich weniger um die allerdings sehr beträchtlichen Einnahmen, die jährlich 10 000 M. und mehr ausmachen, sondern vielmehr darum, daß Zedlitz, der ein mit 15 000 M. Jahresgehalt und freier Dienstwohnung behaftetes preussisches Staatsamt als Präsident der preussischen Seehandlung bezieht, nebenbei in „regierungsfeindlichen Einnahmen“, nämlich gegen den Kanal, geschäftlichen Einnahmen und dem Vorwärts bringt einen Senatsartikel, der in einer Reihe von Punkten mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt. Man wird es uns nicht verdenken, wenn wir es ablehnen, uns in eine Polemik mit dem Vorwärts einzulassen und darauf verzichten, seine falschen Angaben richtig zu stellen.

Wie vollständig richtig jedoch die Mitteilungen des Vorwärts gewesen sind, ergibt sich daraus, daß die heutige Post „in eigener Sache“ folgende an den Chefredakteur des Stummorgans gerichtete Erklärung des Herrn v. Zedlitz enthält: „Seit mehr als 20 Jahren habe ich Wert darauf gelegt, in der Post meine Anschauungen über eine Reihe politischer Fragen zur Geltung bringen zu können. Nachdem aber diese meine Tätigkeiten in den letzten Jahren politischer Gegner Anlaß gegeben hat, mir oft auch Artikel zu geschrieben worden sind, welche ich nicht verstoßen habe, trete ich, nachdem ich, wie Ihnen bekannt, bereits unmittelbar nach Schluss des Landtages die nötigen Schritte zur Lösung meiner Beziehungen zur Post getan hatte, hiermit von jeder Mitarbeit von Ihnen Abschied nehmend.“

Damit ist der Zeitungsgeschichtler endlich in die Verleumdung verwickelt. Wie stand es demnach mit dem Vorwärts, wofür darauf mit Aufmerksamkeit, daß Zedlitz als Vertrauensmann des kanalisiertesten Finanzministers v. Miquel gegen den Kanal schrieb, die aber nicht Herr von Miquel, sondern der wäntliche Kanalgelehrte Herr v. Stumm honoriert. Das hat dem jähren „Post“-Mat den Hals gebrochen. Wohl bekommt's ihm!

Stumm revidiert seine Gefühle. Herr v. Stumm scheint den kleinen Lebensbuden, die er bei einer Spazierfahrt vor mehreren Monaten erlitt und der ihn — leider — hinderte, an der Judischendebatte teilzunehmen, repariert zu haben. Er hat wieder gesprochen und zwar bei einem Festessen, das zu Ehren des lebenden Landrats Bate in Saarbrücken stattfand. Bei dem Toast auf den Kaiser hob er dessen guten Willen hervor, „wenn man sich auch nicht immer mit seinem Thun einverstanden erklären könne“. — In den Munde eines Stumm nehmen sich diese Worte fast hochverderlich aus. Wenn das selbst am grünen Holze Stummischer Königstreue geschieht, was soll da am bürren werden?

Ein **Urteil aus konservativem Munde.** Eine gubernetmentale Partei, so schreibt die Kreuzzeitg, „ist heute schlechterdings unmöglich; die Zeiten sind heute andere als damals, wo noch der große Kaiser an Staatsruhr stand. Bismarck war selbst ein Programm, und seine Partei bezog sich etwas, wenn sie sich ihm zur Verfügung stellte. Welche Partei aber könnte den Drang empfinden, sich der heutigen Regierung sans phrase (ohne Vorbehalt) zur Verfügung zu stellen? Selbst den Schluß des gemeinlichen Arbeitsverhältnisses, bei der Kanalvorlage u. a. hat die Reichs- bzw. Staatsleitung es verschmäht, sich vorher mit denjenigen Parteien ins Einvernehmen zu setzen, auf deren Mitwirken bei dem Zustandekommen der bezüglichen Entwürfe sie angewiesen war. Von einem festen Regierungsprogramm ist überhaupt keine Rede; kaum weiß

man heute, ob noch an der „Politik der Sammlung“ festgehalten wird; die politische Initiative ist aus den Händen der Regierung beinahe gänzlich in die der Parlamente übergegangen.“

Dem Verdienste seine Krone. Einer ganzen Reihe von Polizeibeamten, Landräten u. s. w., die an der brutalen Unterdrückung der herner Streikbewegung hervorragenden Anteil genommen hatten, sind hohe Orden verliehen worden. So wird der Kampf gegen den „inneren Feind“ belohnt! Befanntlich sind die Klärungen in erster Linie durch das rücksichtslose Vorgehen der Behörden verschuldet worden. Das Blutvergießen wird nun durch Ordensverleihungen ausdrücklich belohnt und zur Rechtfertigung ausdrücklich beibringt. Das man gar nicht daran denkt, welchen Eindruck solche Dekorierungen im Volk machen müssen?

Silberne Anerkennung. Beim Abschiedessen zu Ehren des gemäßigten Landrats Dr. Wirth in Rosen-Ni wurde ihm „ein wertvolles Silbergeschenk“ dargebracht.

Serra v. Miquel geht es jetzt ernsthaft an den Krögen, und der laute Klump, mit dem sein Freund Zedlitz vom diplomatischen Gewiß geführt ist, wird Miquels Stellung nachteilig nicht beeinflussen. Auch die Kreuzzeitg. giebt ihm den Rat, sich nicht zu bewegen. Auch die Germania schreibt, daß Miquel nicht länger Minister bleiben könne, nachdem er das volle Vertrauen des Reiches nicht mehr besitzt und das Vertrauen aller Parteien verloren habe. Auch die Post-Btg. rückt von ihrem früheren Abgott Miquel mit deutlichen Klängen weg. Das ist ein wenig rühmliches Ende seiner Ministerfunktions, die Miquel nur durch eine raffiniert geschickte Seitengespinnst so lange aufrecht erhalten konnte.

Miquel, zahle! Pensioniert wurden seit 16. August in der deutschen Armee: 1 General der Kavallerie, 1 General der Artillerie, 2 Generalmajore, 5 Oberste, 2 Oberstleutnants, 18 Majore, 17 Hauptleute, 10 Oberleutnants, 7 Leutnants. In Summa 63 Offiziere. Kosten pro Jahr ca. 214 000 M. Ohne Pension wurden verabschiedet: 7 preussische, 1 bairischer und 1 württembergischer Offizier. Endlich sind „ausgeschieden“: 2 Oberleutnants und 14 Leutnants, sämtliche in Preußen. Der Gesamtantrag beträgt somit 88 Offiziere, genoss ein Beweis dafür, daß „die Säge“ auch in den Tagen der lauren Stunde unermüdet arbeitet. Von den Pensionierten treffen auf 1 General der Kavallerie, 1 General der Artillerie, 1 Generalmajor, 4 Oberste, 1 Oberstleutnant, 15 Majore, 13 Hauptleute, 7 Oberleutnants und 5 Leutnants; auf 1 Generalmajor, 1 Oberst, 1 Oberstleutnant, 2 Majore, 3 Hauptleute, 2 Oberleutnants, 2 Leutnants; auf 5 Sachsen 1 Oberleutnant; auf Württemberg 1 Major und 1 Hauptmann.

Der klagende Buttamer. Wegen unferer Straßburger Parteigenossen Böhle und Schulte hat der reichslandische Direktor v. Buttamer wegen einer scharfen Kritik seiner reaktionären Politik eine Verleumdungsklage angestrengt. Es ist das erste Mal, daß Herr v. Buttamer seinen politischen Gegnern Gelegenheit bietet, das reaktionäre Regierungssystem in Gleich-Vorbringen, dem er seinen Namen geliehen, hinsichtlich seiner Erfolge auf allen Gebieten des staatlichen Lebens an der hierfür geeigneten Stelle, nämlich vor den Schranken des Gerichts, einer öffentlichen und eingehenden Erörterung zu unterziehen. Und die Gelegenheit wird ausgenutzt werden!

Ausland.

Frankreich. Hauptmann Freiherr, der bekannte militärische Entlassungszeuge aus dem Dreifusprozeß, ist zum Kommandanten der 11. Kompanie des 8. Marine-Infanterie-Regiments ernannt worden. Freiherr ist demnach ebenso befördert worden, wie der andere Entlassungszeuge Major Hartmann.

Oesterreich. Eine große Arbeiterdemonstration gegen die geplante Gemeindefabrikreform fand am Sonntag in Grazau statt. Auf dem Ringplatz, wo Polizei, Sturmtruppen und Dragoner aufgestellt waren, rief die Menge: „Nicht das Wahlrecht, nicht die Wahlrechtsreform!“ Mittags marschierte die ganze Masse vor das Magistratsgebäude, wo sämtliche Straßenschilder, jedoch nicht das Wahlrechtsdenkmal, von einem Mann mit der Aufschrift: „Dem Feinde des Baren, die politischen Arbeiter!“ niedergelegt wurden. Verschätzt wurden zehn Arbeiter, die Sturmgebung dauerte zwei Stunden und rief in ganz Grazau großes Aufsehen hervor.

Politisches und Gerichtliches.

8 **Ruffische Zustände** herrschen noch wie vor im Großherzogtum Sachsen-Weimar. Dieser Wuobeshaft ist im Refektor der Verammlungs-Verbeterer unermüdet. In Wien-Jena sollte am Dienstag abend eine öffentliche Versammlung stattfinden. Das Thema lautete: „Unsere Lohnbewegung.“ Als Referent war der Zimmerer Götze aus Hamburg in Aussicht genommen. Die Verammlung ist in letzter Stunde durch folgenden Aktus verboten worden: Der Gemeindevorstand.

Der Gemeindevorstand. Benigenjena. Nr. 4. 1257/99. Die auf Dienstag, den 26. U. Mts., abends 7 Uhr, nach dem Saale des Gasthofs „Zur Lüne“ anberaumte öffentliche Zimmerer-Verammlung wird hiermit verboten. Das Verbot wird dadurch begründet, daß der in Aussicht genommene Referent für seine aufreizende Sprache eine genügende Bekanntschaft hat. Der Bürgermeister. Stindler.

Die Polizei-Organe haben damit für die sozialdemokratische

Beste sollte auch für die Gemeindefürsorge das Verfallungsrecht auf und stellen die außerhalb des allgemeinen Rechts. Die Rechte werden bis zur nächsten Reichstagswahl ausgereift sein.

Parlamentarische Nachrichten.

— Im **Birnauer Wahlkreis** hat der Antrag mit endgültig die Mehrheit erlangt. Die Schlussabstimmung war, doch ist Lopez Sieg liegend. Die Wahl, Art. 23, geht an:

Stimmzahl	Stimmzahl
Gröndorf (Soz.) 12560	11571
Hohe Warte 13220	10692
Strohbach (Freil.) 1280	1280

Die Schlüsse ist, daß vielerorts der Freireinigung für den Antifeminismus gelangt. Die freireinigen Wahlabschlüsse in Neudorf und Langbadesdorf haben durch einen im ganzen Wahlkreis verbreiteten Ruf auf dringlich zur Wahl des Antifeministen aufgerufen. Die Wahl, Art. 23, geht an:

Stimmzahl	Stimmzahl
Gröndorf (Soz.) 12560	11571
Hohe Warte 13220	10692
Strohbach (Freil.) 1280	1280

— **Aus dem Wahlkampf in Birnau.** Ein alter Steinarbeiter in Reudorf bei Birnau hatte ein Stück Land für eine sozialdemokratische Vereinigung zur Verfügung gestellt. In der Nacht vor der Versammlung ging plötzlich eine Scheune in Flammen auf, und das Wohnhaus wurde von dem Feuer erfaßt und brann bis zum Boden hinunter. — Wie würde die Ordnungswahl eine solche Vorgang ausüben, wenn ein solcher Fall in der Zukunft eintreten würde? Die sozialdemokratische Partei hätte die Wahl würde da über die Sozialdemokratie als Urheberin solcher Schändlichkeit geächtet und nach strengerem Vergehen geachtet werden!

— **Zum Antrag gegen den Alkoholismus.** Der von Heibelberger sozialdemokratischen Verein zum Beschließen bringende Antrag betr. die Verhängung einer billigen Strafe für den Verkauf von Wein, wozu namentlich in den bürgerlichen Blättern eine lebhafteste Diskussion hervor. Auch die nationalliberalen Blätter. In der öffentlichen den Antrag und mußte daran die Bemerkung, jeder ist zu vermuten, daß der Antrag des Heibelberger Vereins lautlich in der Verfallung verhandelt wird. Zur Widerlegung dieser Behauptung ist ihr nun anscheinend aus Heibelberger Gelehrtenkreis folgende Erklärung zugegangen, die sie dieser Lage vorzulegen:

„Der Vorschlag betreffs des Antrages des Heibelberger sozialdemokratischen Vereins für den sozialdemokratischen Kartelltag veranlaßt mich, Ihnen mitzuteilen, daß kein Grund zu der Annahme vorliegt, daß der Antrag, der gegen Alkoholismus gerichtet ist, zurückgewiesen werden wird. Im Gegenteil ist nach der Alkoholfrage-Behandlung in der sozialdemokratischen Presse die Meinung eine sehr lebhafteste Beziehung zwischen dem Heibelberger Verein zu erwarten. Die Alkoholfrage wird a. B. in der neuen Zeit, dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie, weit gründlicher und ernsthafter behandelt als in irgend einer Zeitschrift — außer Nachrichten gegen den Alkohol — und darüber dieser Jelen hat sich selbst an der Diskussion beteiligt. Jeder Sachkundige kommt zum Wort.“

Gewerkschaftliches.

Droschkenführer. In Bismarck am Dienstag morgen ein Streik der Droschkenführer ausgebrochen. Diefelben haben alle ausgepackt; sie meinen, die Polizei bezweige die Taxen, wodurch die anderen Führer in ihrer Erziehung geschädigt würden. Die Müller von Begau und Umgebung haben in einer Besprechung beschlossen, die Besatzung einer billigen Erzeugung besserer Öhne und der Sonntagsruhe einzutreten. Die Hauptverwaltung des Müllerverbandes ließ durch ihren Vorstehenden Gen. Kämpfer-Altendorf ihre Unterstützung zulegen. In Berlin stehen die Leppindorfer von G. Heiblich seit vier Wochen im Streik.

Gemeindevertrags-Erklärung in Giebichenstein am 28. September im Gasthof zum Mohr. **a) Offizielle Sitzung.** 1. Betreffs Genehmigung des Verteilungsplanes betr. den Anteil an der Brutto-Einnahme der Giebichenstein-Strassenbahn wird nach den Vorschlägen letzterer und des Ortsvorstandes beschlossen. **2. Betreffs Regulierung der Trothaerstraße** an der Grenze

mit Trotha wird beschlossen, zur vollständigen Regulierung derselben die Kosten von ca. 1000 M. zu bewilligen.

3. Betreffs Regulierung des Kellers der Wittelndstraße wird beschlossen, eine Hofanlage von ca. 1000 M. bewilligen, welche nach der Bauordnung und des Ortsvorstandes beschlossen, die Straße vollständig fertig zu pflegen.

4. Regulierung des Hühnerwegs. Derselbe soll aus altem, genommenen Material, welches nun gut ist, gepflastert werden. Der Hofanlage soll 1000 M. bewilligt werden, und der Keller des Hühnerwegs soll der Straße voll der Quartiergebelde entnommen werden. Es wird demgemäß beschlossen.

5. Antrag betr. den Ausbau der Schlichtstraße bis zum Halgenbergweg. Die Straße hat eine Länge von circa 60 Metern. Der Antragsteller Herr Jessing, ein Herr Bauherr, wird für den Antrag unter Zugrundelegung eines Vertrags mit der Gemeinde bewilligt.

6. Betreffs Anstellung von Polizei-Organen wird mit Majorität beschlossen, am 1. April 1900 noch zwei Organen anzustellen und sollen diese die zwei noch vorhandenen Nachwachstungen in Wegfall kommen.

7. Zum Bebauungsplan der Bergstraße wurde beschlossen, 1. die Herren Werther und Gen. können gegen eine Abfindungssumme von 600 M. den Zugang am Berge für sich einziehen. 2. Die Bergstraße ist der Gemeinde anzufügen, und an der Kurve alle eine Erweiterung bei der Bebauung stattfinden.

8. Die Verbreiterung der Friedenstraße und Verlängerung der Giebichenstraße bis zur Heilstraße wird mit 11 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die gebotenen Summen waren zu hoch, so daß die jetzigen Gemeindeverwalter in hohen Kosten nicht befristet werden können. Wegen der Eingangsänderung kann eine neue Anleihe nicht aufgenommen werden. Der Handelsmann Besdner forderte für das Land an der Schilpe bei Uebirg pro Quadratmeter 60 M. und Wiederanbauung des Mauer und Sellman des Güters.

9. Zum Erlaß einer Polizeiverordnung betr. Zuwiderhandlung über die Hundesteuerordnung wird beschlossen, die einschlägige Regierungsverordnung in Kraft treten zu lassen, womit das alte Ortsstatut aufgehoben wird.

10. Der Erlaß eines Ortsstatuts betr. die Verlegung der Gemeindebeamten wird auf Vorschlag des Ortsvorstandes mit rückwirkender Kraft bis 1. April 1899 genehmigt. Dasselbe schließt sich dem neuen Gesetz über die Verlegung der Gemeindebeamten an.

11. Ein Antrag auf Aufhebung des Ortsstatuts betr. die Regulierung der Friedhofstraße hinsichtlich der Baugesetze von **Schuldenverfallung** wird mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag treten ein die Herren Emmer und Dierberg.

12. Ein Antrag des Naturheilvereins, hier, auf unentgeltliche Ueberlassung des zu Bodenpfeiler benötigten Wassers wird abgelehnt. Der Verein hat sich einmal der Benutzung bedient und wurde selbiger zur Zeit dem Ortsvorstand überwiesen, um erst zur Begründung Material vom Verein zu erhalten. Man wollte hauptsächlich wissen, wie viel Wasser an Ort und Stelle unentgeltlich werden würde. Diese Frage war nicht beantwortet worden. Gerortgeben wurde, daß auch Wittfeld viel Wasser an Ort unentgeltlich abgeholt und die dazu ebenfalls berechtigt wären, das Wasser umsonst zu verlangen, sowie ebenfalls nach andere Anstalten; auch würden sich die Preise nicht ändern, da nach der Aufstellung des Vereins bei einem Wasserbedarf von nur für 83 M. das Bad höchstens 1 1/2 Fl. kosten würde. In der öffentlichen Sitzung wird als vollständig vollkommen behauptet, daß der Antrag nicht durchzuführen ist.

13. Beschloffen wurde, beschlossen wird, den Kommissar unterbreibe am 1. 10. anzustellen und die Funktion des Ortsvorstehers von 3000 M. demselben freizugeben. Fr. E.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 28. September 1899.

Beim Vierteljahrsbericht nachher wir unsere Postabonnenten wiederum darauf aufmerksam, daß die Post vom Sonntag ab nur solche Exemplare befördert, die als neue bestellt worden sind. Es liegt also nicht am geringen Entgegenkommen unserer Expedition, wenn ein alter Postabonnent, der die regelmäßige Neubestellung des Blattes vermisst hat, die ersten Postabonnenten nicht erhält.

Ueber die bürgerliche Presse urteilte ein Kasseler: „Gines müssen Sie ohne Unterredung festhalten, ohne Unterredung verbreiten: Unser Hauptfeind, der Hauptfeind aller geordneten Entwicklung des deutschen Volkstums, das ist heutzutage die bürgerliche Presse! Diese Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um jo gefährlicherer, als er verpackt auftritt. Ihre Unfähigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unbilligkeit werden von nichts anderem überboten, als die Leichtigkeit von ihrer Unmöglichkeit!“

Zum bevorstehenden Wohnungswechsel sei an die hier geltende Bestimmung erinnert, daß Wohnungen, die aus

einem oder zwei separaten Zimmern bestehen, am 2. Oktober geräumt sein müssen. Logis, die drei separaten Zimmer enthalten, sind spätestens bis zum Abend des 3. Oktober, und noch größere Wohnungen bis zum 4. Oktober zu räumen. Der Eingehende hat das Recht, von Vermieter zu verlangen, daß dieser ihm schon zu ihrem Einzug des Zimmers einen Teil des Wohnraums zur Unterbringung des einzuräumenden Hausgerätes zur Verfügung stellt.

Schwarzmarkt. Das Arbeiter für Unfälle, die ihnen während der Arbeitspausen beim Essen und Trinken zustoßen, dürfte noch wenig bekannt sein. Wir meinen, eine bezahlte Auslegung hat der Arbeitgeber nicht gewollt, und die Arbeiter müßten für alle Unfälle, die ihnen innerhalb des Gefahrenbereichs des Betriebes zustoßen, entschädigt werden. Nun hat das Reichsversicherungsamt bereits entschieden, daß Unfälle, die dem Arbeiter während der Rausen, also bei der Befriedigung seiner persönlichen Bedürfnisse zustoßen, nicht entschädigungspflichtig sind. Ferner hat das Reichsversicherungsamt aber die Rente einem Arbeiter zugestanden, der sich während der Arbeitspausen an einer gefährlichen Stelle fingelte, vom Schlaf übermannt und an einem vorbeifahrenden Zuge überfahren wurde. Genau so gut wie Hinlegen bzw. Schlafen ein legitimes Bedürfnis ist, ist es doch auch das Essen und Trinken. Das hiesige Arbeitertribunal hat demnach einen Arbeiter, der sich während der Arbeitspausen durch Desinen einer Bierflasche eine Verletzung zuzog, und von der Berufsgenossenschaft abgewiesen wurde, angeraten, hiergegen Berufung einzulegen. Die Sache wird sich zur höchsten Instanz durchgeschlagen werden. Wir sehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter für alle Unfälle, die ihnen in der Arbeit passieren, entschädigt werden müssen. Durch künstliche Auslegungen der einzelnen Bestimmungen versuchen die Berufsgenossenschaften sich einzeln zu drücken. Und leider werden sie in diesem Vorhaben manchmal durch ganz eigentümliche Rechtsprechungen des Reichsversicherungsamtes unterstützt.

Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten findet nächsten Sonntag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht nur: Verkauf eines Teiles des Giebichensteiner Pfarrackers und Verkauf von Baurecht.

Ueber eine Verhaftung, die gestern an dem Bahn-Arbeiter Eggert, Glauchwitz, stattgefunden hat, erzählt uns der Herr. Es war in der ersten Vormittagsstunde, als ich auf dem Erzbergerplate hinter der Kaserne hinhin fuhr. Ohne daß ich dazu irgend eine Veranlassung gegeben hatte, wurde ich von den Hülfswachen Künze und Lütkenhoff festgenommen und hinter die Kaserne geführt. Ich wurde sofort in die Arrestkammer geführt, wo ich von dem Wächter mit der Aufsicht beauftragt wurde, mich zu lösen. Ich wurde sofort in die Arrestkammer geführt, wo ich von dem Wächter mit der Aufsicht beauftragt wurde, mich zu lösen. Ich wurde sofort in die Arrestkammer geführt, wo ich von dem Wächter mit der Aufsicht beauftragt wurde, mich zu lösen.

Aus dem Bureau des Stadt-Theaters. Am Freitag gelangt die Oper Margarete, von Gounod, mit Fr. Winger in der Titelrolle und Herrn Hedrich als Faust zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Grimm, das Bühnenbild hat Herr Direktor Waltherr, die Ausstattung hat Herr Waltherr arrangiert. — Für Sonntag ist eine Wiederholung von Goethes Gemant angelegt (außerhalb des Goethe-Anfusses). Es gelangen zu dieser Vorstellung Schülerbilletts zur Ausgabe. Als nächste Vorstellung wird Hugo Kublitzers Das fünfte Rad vorbereitet.

Aus dem Bureau des Thalia-Theaters. Neben den beiden ersten Notizen, dem Motoren; Auf Straußausfall und dem Sarrlebenigen Schauspieler: Ein Ehrenwort, wird im Thalia-Theater auch an Viktorien Carbons vieraktigen Lustspiel: Die guten Freunde (Noi intimo), welches in der Bearbeitung des Herrn Carbons ausgearbeitet wurde, festgesetzt. Die Aufführung hat Herr Waltherr mit der Aufsicht beauftragt. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Grimm, das Bühnenbild hat Herr Direktor Waltherr, die Ausstattung hat Herr Waltherr arrangiert. — Für Sonntag ist eine Wiederholung von Goethes Gemant angelegt (außerhalb des Goethe-Anfusses). Es gelangen zu dieser Vorstellung Schülerbilletts zur Ausgabe. Als nächste Vorstellung wird Hugo Kublitzers Das fünfte Rad vorbereitet.

Arbeitslosigkeit. Arbeiterbeschäftigung. Die hiesige Papierfabrik hat in dem eben beendeten Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 200,000 M. erzielt. Die Aktionäre erhalten 18 Prozent Dividende.

Stadterordnetenversammlung vom 28. September. Als erster Punkt lag den Stadterordneten die Klagefrage der Genossen Florin und Gen. wegen Nichtaufnahme in die Stadterordnetenversammlung zur Beschlußfassung vor. Der Rechtsanwalt Herr Waltherr schlägt vor, den Magistrat zur Führung

auch schon erlucht. Dir eine Rechnung aufzustellen; dich Du ihnen gelag. Du wirst ihnen nun alles, was sie an dich gemacht haben, zurückzahlen, etwa auch mit 5 Proz. Zinsen.“

„Über das ist doch etwas ganz anderes“, gab Otto erwidern über des Bruders unbesorgte Bitterkeit zurück; „das sind eben die Folgen der Unwissenheit.“

„Und ich bin eben Dein älterer Bruder!“ unterbrach Karl heftig; „als solcher habe ich Dir von meinem Ueberfließ und wieder eine Kleinigkeit gegeben. Ich bin kein Wucherer, der Geld ausleiht; das weißt Du ganz gut, und Du hast auch früher gar nicht daran gedacht.“

„Weil ich nicht in der Lage war.“

„Erst jetzt füllst Du plötzlich das Bedürfnis mit mir abzurechnen; ich kann mir schon denken, warum. Einfach, weil ich —“

„Einfach weil ich erst jetzt die Mittel dazu besitze“, unterbrach Otto den Bruder.

„Nein, nein, weil Dir das Bewußtsein, einst von mir Geld genommen zu haben, auf einmal peinlich geworden ist; sag's frei heraus.“

„Otto, ich dem zugerechnet auf und auf Schreitenden, der sich immer mehr in seine eigene Bitterkeit hineinsteckt, ganz beifügt in das erste Gesicht. „Ich habe dich, Karl!“ rief er ihn zu begütigen, „es ist doch ganz natürlich, daß ich Dir jetzt, wo ich in der Lage bin, mit dem was Dir vorgeschrieben wurde.“

„Über der andere hörte gar nicht auf ihn; sich mit der notwendigen Unwissenheit seines krankhaften Mißtrauens immer mehr in eine solche Voraussetzung verbeißend, hieß er unter bitterem Aufsehen hervor:“

„Natürlich, wo so einem, wie ich bin, nimmt man kein Geld! Ich verleihe dich, wenn Du es auch nicht offen ausprüchst. Aber ich brauche Dein Geld nicht, — ich will es nicht! Wenn es Dir in der Tasche brennt, dann rief er es doch weg oder gleich dem ersten, besten Bettler, der Dir auf der Straße begegnet; mir aber konnte nicht damit, ich will nichts davon wissen!“ Um sich aber weiteren Auseinandersetzung zu entziehen, eilte er in das Nebenzimmer und schloß hinter sich ab.

(Fortsetzung folgt.)

Gekütert.

— Kritiker. Sungen Müller: „Nun, meine Gnädigsten, bitte Ihr Lieben. Wie fanden Sie mein Sonnet?“

Damen: „O, wir konnten das Ende kaum erwarten.“

Der Muttersohn.

Roman aus der Gegenwart von Arthur Bapp.

(Nachdruck verboten.)

Die geschäftlichen Beziehungen Karls wurden durch die traurige Geschichte unendlich gemindert. Die Heiden der Konfurrenz entbot sich nicht, den Fall Kötter zum Schaden des Unglücklichen auszubuten. Er erzählte bei allen Kunden, bei denen sie vorüberging, adelslos die Geschichte von der Freisprechung Karl Kötters. Er sei ja der Dacht entstanden, treu, ich, aber so ganz rein und unerschrocken lie die Geschichte doch nicht; ein Freispruch wegen mangelnder Beweise, das sei eigentlich kein Freispruch. Jedemfalls thäte man gut, sich von jeder geschäftlichen Verbindung mit einem Mann fern zu halten, der eigentlich noch immer unter einem entehrenden Verdacht stände.

Die Wirkung aller dieser Verdächtigungen und wiederholenden Erzählungen war, daß Karl seinen alten Kunden, seinen alten Geschäftsfreunden, Wohnung und Verfallung für sich und an das entgegengesetzte Ende Berlins, in die Bergmannstraße, unweit des Galischen Thores überiedelte. Vier durfte er hoffen, freier aufkommen zu können, denn wenn man auch von dem Böses wegen des ihm zur Last gelegten Diebstahls aus den Zeitungen wußte, so war doch fast unannehmlich, daß man sich hier, wo man ihn nicht persönlich kannte, seines Namens erinnern würde. Zugleich warf er sich auf eine neue Fabrikationsbranche. Der Meteorbreiter legte er vorläufig fest; er wollte vorerst ganzlich seinen alten Geschäftsfreunden fernhalten, er wollte nicht mehr mit ihnen zusammenkommen, er wollte nicht mehr mit ihnen zusammenkommen, er wollte nicht mehr mit ihnen zusammenkommen.

Im Hintergrund aller Wünsche und Zukunftswünsche stand sein Traum als eine der Läden, den wir schon gesehen haben, wieder rehabilitiert zu werden, gesellschaftlich und geschäftlich; erst dann würde der fürchtbare Alb, der ihm jedes freiere Amtamen und Neuen wehrte, der ihm jede Lebensfreude verunmöglichte, von ihm weichen; er durfte wieder zu jedem die Augen aufschlagen und unter gleichen Menschen sich frei bewegen, als eben ein Mann. Unter solchen Umständen, gar nichts thun, um die Hoffnung zu zerstören, um dieses Glück, nach dem er sich mit allen Fibern seiner Seele sehnte, herbei zu rufen; geduldig

mußte er abwarten, bis Zeit und Zufall es ihm befähigen würden.

Nicht am wenigsten verdroß es ihn, daß Otto seit ihrem letzten Zusammentreffen sich wochenlang nicht mehr sehen ließ. Wie eilig war Otto damals davongezogen, wie heftig hatte er sich ihm abgeschmeichelt, wie unheimlich hatte er seine freundschaftlichen Beziehungen zu ihm? War der Punkt des Mißtrauens auch in des Bruders Seele gefallen, war es nur ein allgemein menschliches Mitleid und Erbarmen gewesen, was man auch dem Gendebsten nicht verläßt, das Otto damals zu ihm gefühlt, vielleicht nur die Rücksicht auf seine, auf den seinen Frig?

Er dachte und marteerte Karl sich selbst, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß es das bloße Gerücht war, das den Bruder so lange von ihm fern hielt.

Endlich eines Tages erschien Otto wieder einmal bei dem Bruder. Aber es war eine für beide Teile peinliche und beklammerte Situation, während auf der einen Seite die Freude, eine Erneuerung jener aufregenden Szene heranzu kommen, die in dem anderen Bruder der stillen Tage Argwohn, daß Otto an ihm zweifele, eine geheime, veränderliche, verdoende Erbitterung, Mißgunst, gerade die Unterhaltung, die sie sich mit dem allerschwersten Gegenstande beschäftigte und ängstlich gerade das Nächstliegende vermied.

„Gut ganz zum Glück, während er Miene machte, aufzuheben, warf Otto ihm aber gleichmütig die Bemerkung hin: „Es ist's besser, wir haben noch miteinander abzurechnen, Karl.“

„Aber?“

„Na ja. Es ist doch endlich einmal Zeit, daß ich meine Schulden bezahle.“

„Deine Schulden?“ verlegte Karl in der letzten, rauhen Weise, die ihm nachdrager zu Gebote stand, und mit der er alles Unrecht, das er sich abzurechnen pflegt: „Was gehen mich Deine Schulden an?“

„Ich meine die Schulden, die ich deiner Zeit bei Dir gemacht habe, Karl.“

„Bei mir? Ich erinnere mich nicht, daß ich Dir jemals etwas gewogen habe.“

„So? Die zwanzigster März, die mir die Mutter einmal vor Jahren geliegt hat, und die von Dir herkömmt, und die vielen Wagnismarktschulden, die Du mir in all der Zeit —“

Karl ließ den Stuhl, auf den er beide Hände gelegt hatte, mit einer heftigen Geberde von sich und schmit dem Bruder das Wort ab.

„Komm mir doch damit nicht!“ rief er aufröckeln; „das sind doch alte Geschichten, und Du weißt ganz gut, daß ich Dir das Geld nicht geborgt habe. Sott Du denn Vater und Mutter

